STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 0 / Fachbereich 0 - Zentrale Dienste

Sitzungsvorlage

Datum: 02.11.2011

Drucksache Nr.: **11/0430**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	23.11.2011	öffentlich / Vorberatung
Rat	14.12.2011	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Änderung des Stellenplanes

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan 2011 wie folgt zu ändern:

1. Einrichtung einer neuen Stelle

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

05.20 Fachdienst Jugendarbeit und kommunale Bildungsplanung

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.20/18	Sozialarbeiter/-in Sozialpädagoge/-in	EG S 12 (16 Stunden)	06-02-03

2. Einrichtung einer neuen Stelle

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

05.30 Fachdienst Schulverwaltung / Verwaltung der Jugendhilfe

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.30/52	Sachbearbeiter/-in	A 11 (32,8 Stunden)	06-03-01

Sachverhalt / Begründung:

1. Einrichtung einer neuen Stelle

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

05.20 Fachdienst Jugendarbeit und kommunale Bildungsplanung

Die Tätigkeit der Jugendberufshilfe, für die im Stellenplan eine Vollzeitstelle eingerichtet ist, wird augenblicklich durch zwei Beschäftigte in Teilzeit ausgeübt.

Die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und dem Sozialgesetzbuch VIII sollen nicht nebeneinander angeboten werden. Erhält ein Jugendlicher sowohl Leistungen nach dem SGB II (Jobcenter) als auch Leistungen nach dem SGB VIII (Jugendberufshilfe) soll eine strukturelle Zusammenarbeit erfolgen. Hierzu ist im Frühjahr dieses Jahres eine Kooperationsvereinbarung mit dem Jobcenter Rhein-Sieg abgeschlossen worden. Im Rahmen einer daraus basierenden Leistungsvereinbarung ist die Refinanzierung von 16 zusätzlichen Personalstunden im Bereich der Jugendberufshilfe durch das Jobcenter zugestimmt worden. Die Vereinbarung ist zunächst für ein Jahr abgeschlossen worden. Es besteht die Option für eine Fortsetzung der Kooperation.

Für die Vereinbarung sind Arbeitsplatzkosten nach KGSt pro Jahr in Höhe von 38.072,00 EUR (Entgeltgruppe S 12 Ü / 9 TVöD) zugrunde gelegt worden. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung werden diese Arbeitsplatzkosten vom Jobcenter Rhein-Sieg übernommen. Für die neu einzurichtende Teilzeitstelle belaufen sich die jährlichen Personalkosten auf rund 22.000,00 EUR.

Die Verwaltung hält den eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter für eine bedarfsgerechte erfolgversprechende Fortsetzung der gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung und Förderung gerade benachteiligter junger Menschen auf dem Weg zu beruflicher Perspektive und Zukunft. Das Instrument der Kooperationsvereinbarung bei gleichzeitiger Refinanzierung außerhalb der freiwilligen Leistungen der durch die Jugendberufshilfe zusätzlich geleisteten Arbeit ist dabei zukunftsweisend und berücksichtigt die aktuelle Haushaltslage der Stadt Sankt Augustin.

Zur Wahrnehmung der zusätzlichen Aufgabe im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dem Jobcenter Rhein-Sieg soll eine zusätzliche Stelle mit zunächst 16 Wochenstunden im Fachdienst Jugendarbeit und kommunale Bildungsplanung eingerichtet werden.

2. Einrichtung einer neuen Stelle

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

05.30 Fachdienst Schulverwaltung / Verwaltung der Jugendhilfe

Aufgrund des am 05.07.2011 verkündeten Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2011 Teil I Nr. 34, S. 1306-1307) sind für den Bereich Vormundschaften folgende Verpflichtungen in Kraft getreten:

- Nach § 1793 Abs. 1 a Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) hat der Vormund mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn, im Einzelfall sind kürze-

re oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten. Der Vormund hat gemäß § 1800 Satz 2 BGB die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten. Diese Verpflichtungen sind mit dem Tag nach der Verkündung, also am 06.07.2011, in Kraft getreten.

- Die am 05.07.2012 in Kraft tretende Änderung des § 55 Abs. 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - sieht vor, dass ein vollzeitbeschäftigter Beamter oder Angestellter, der nur mit der Führung von Vormundschaften oder Pflegschaften betraut ist, höchstens 50 und bei gleichzeitiger Wahrnehmung anderer Aufgaben entsprechend weniger Vormundschaften oder Pflegschaften führen soll.

Derzeit sind im Stellenplan zwei Vollzeitstellen und eine Teilzeitstelle (20,50 Stunden) ausgebracht. Im Jahre 2010 betrug die durchschnittliche Fallzahl 430 Beistandschaften und 50 Vormundschaften/Pflegschaften. Bislang erfolgte durchschnittlich lediglich ein Kontakt zwischen Mündel und Vormund im Jahr. Bedingt durch den nunmehr vorgeschriebenen monatlichen Kontakt in der üblichen Umgebung des Mündels ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf von 32,8 Wochenstunden, der durch die Einrichtung einer weiteren Teilzeitstelle sicherzustellen ist.

Die Mehrkosten für diese Teilzeitstelle betragen rund 39.400,00 EUR jährlich.

<Name des Unterzeichnenden>

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand beziffert sich auf 61.400,00 €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.